

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

NEUE ESKALATION IN VIETNAM

Der Krieg in Vietnam hat eine neue Steigerung erfahren. Ende Juni kündigte Präsident Johnson an, daß die amerikanische Luftwaffe ihre Angriffe auf *Petroleumdepots* in der Nähe von *Hanoi* richten werde, um die Versorgung der Vietcongs und ihrer nordvietnamesischen Helfer an entscheidender Stelle zu treffen. Die ersten Bombardierungen setzten unmittelbar ein und werden mit steigender Heftigkeit weiter geführt.

Die Motive der neuen «Eskalation»

Die Intensivierung der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam ist die Antwort auf die in den letzten Monaten immer stärker angewachsene Hilfe, die der kommunistische Norden den Vietcongguerillas im Süden gewährt. Ohne diese Unterstützung wäre der Bürgerkrieg in Südvietnam wahrscheinlich schon längst erloschen, und das Land hätte in geordnete Zustände zurückgeleitet werden können. Hanoi zeigt jedoch nicht die geringste Bereitschaft, der Infiltration ein Ende zu setzen und damit seinen Beitrag zu einer Befriedung zu leisten. Sein Ziel bleibt nach wie vor die *völlige Unterwerfung Südvietnams* und die Errichtung eines kommunistischen Regimes in Saigon. Die verstärkte Bombardierung soll den Machthabern in Nordvietnam und ihren Hintermännern in Peking vor Augen führen, daß sie auf dem bisher eingeschlagenen Weg ihre Absichten nicht erreichen.

Auch diese weitere Drehung der Eskalationschraube hat Washington nicht vorgenommen, ohne erneut seine Bereitschaft zu bekunden, den Krieg in Vietnam auch weiterhin nur *mit beschränkten Mitteln* zu führen. Den Forderungen der extremen Militärs ist Präsident Johnson auch jetzt wieder entgegengetreten und hat ihren Wünschen auf eine Ausdehnung des Krieges nicht nachgegeben. Gleichzeitig haben die Vereinigten Staaten versichert, daß sie nach wie

vor bereit sind, an den Verhandlungstisch zu kommen, sofern die Gegenseite dies ebenfalls ohne Bedingungen tun wird. Amerika wünscht, wie sein Präsident am 12. Juli in einer Rede erklärte, den Frieden, aber es ist auch entschlossen, der chinesischen Expansionspolitik in Südostasien eine Schranke entgegenzusetzen und Peking zu zwingen, auf seine Aggressionen zu verzichten.

Scharfe Reaktion Ho Chi Minhs

Die Antwort Hanois auf die Verschärfung des Krieges war enttäuschend. Präsident *Ho Chi Minh* hat am 17. Juli aus Anlaß des zwölften Jahrestages der Unterzeichnung der Genfer Indochina-Abkommen eine Radiosprache gehalten, in der er an sein Volk den Appell richtete, die Kriegsanstrengungen zu steigern. Er versicherte, die «Demokratische Republik Vietnam» werde bis zum Ende kämpfen, selbst wenn Hanoi und Haiphong dem Erdboden gleich gemacht würden. Ho Chi Minh rief zum «totalen Krieg» auf und erließ den Befehl zu einer *Teilmobilisation*. Der 76jährige Kommunistenführer behauptete, er sei entschlossen, den Krieg bis zum siegreichen Ende fortzusetzen, selbst wenn er noch zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre dauern sollte.

Diese wortstarken Versicherungen, die an ähnliche Kundgebungen im Deutschland der Jahre 1943 und 1944 erinnern, können nur schlecht die Unsicherheit verbergen, von der die nordvietnamesische Führung in den letzten Monaten immer stärker beherrscht wird. Zweifellos greift der Krieg an das Mark des Landes. Die amerikanischen Bombardierungen haben schwere Schäden angerichtet. Die Erdölvorräte, die zur Weiterführung des Kampfes eine wichtige Voraussetzung bilden, sind nach amerikanischer Darstellung zu 50 Prozent zerstört worden. Hanoi mußte zum Teil evakuiert werden, da Angriffe auf Ziele in dieser Stadt befürchtet werden.

Das Erpressungsmanöver um die Kriegsgefangenen

Nur aus dieser Zwangslage heraus ist das grausame Spiel zu verstehen, das Nordvietnam mit den gefangen genommenen *amerikanischen Piloten* heute treibt. Die Kommunistenführer in Hanoi haben diese Gefangenen der Wut des Pöbels ausgeliefert, sie in Ketten durch die Straßen Hanois geführt und angekündigt, man werde ihnen als «Kriegsverbrechern» den Prozeß machen. Ho Chi Minh und seine Leute wissen ganz genau, daß sie sich mit einem solchen Verfahren, das jeder Justiz Hohn sprechen würde, in Gegensatz zu allen jenen Vereinbarungen über den Schutz der Kriegsgefangenen stellen würden, die sie selbst unterzeichnet haben. Auch hier drängt sich die Analogie zu Ereignissen in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges auf: Goebbels wollte damals alliierte Bomberpiloten durch das Volk lynchen lassen, und in Japan wurden tatsächlich «Kriegsverbrecher»-Prozesse gegen amerikanische Flieger durchgeführt und Todesurteile ausgesprochen. Damals wie heute spricht aus solchen Akten primitiver Rache und Vergeltung vor allem der ohnmächtige Zorn einer in die Enge getriebenen politischen Führerschicht. Man kann nur hoffen, daß Hanoi in dieser Frage einlenken und nicht den aufgestachelen Leidenschaften freien Lauf lassen wird. Ein Vorgehen gegen die amerikanischen Piloten müßte auf der Gegenseite zwangsweise *Repressalien* auslösen, und ein Ende dieser schrecklichen Eskalation wäre nicht abzusehen.

Gescheiterte Vermittlungsversuche

Parallel zur Intensivierung der Kämpfe in Vietnam haben sich auch die Bemühungen um eine Beilegung des Konfliktes verstärkt. *Indira Gandhi*, die Premierministerin von Indien, hat sich nach Moskau begeben, um von der Sowjetunion die Zustimmung zu einer neuen Indochinakonferenz zu erlangen. In einer Tischrede im Kreml schlug Indira Gandhi vor, die Bombardierung Nordvietnams einzustellen, in Südvietnam einen

Waffenstillstand abzuschließen und darauf den Vietnamkonflikt mit sämtlichen interessierten Parteien am Verhandlungstisch in Genf zu besprechen. Die Initiative der indischen Regierungschefin stieß auf taube Ohren. Ministerpräsident *Kosygin* antwortete ihr mit den alten Schlagworten und lehnte es ab, einer Konferenz über Vietnam zuzustimmen, sofern Hanoi nicht ebenfalls sein Placet gebe. Aus Nordvietnam wie dem kommunistischen China hört man aber nach wie vor, daß erst verhandelt werden könnte, wenn die Amerikaner sofort und bedingungslos ihre Streitkräfte aus Vietnam abzögen. Der chinesische Ministerpräsident *Tschou En-lai* hat dies am 9. Juli in einer Rede erneut bekräftigt und Ho Chi Minh ist ihm wenige Tage später in seiner Ansprache vom 17. Juli gefolgt. Washington weigert sich jedoch, auf eine solche Vorleistung einzutreten, die Südvietnam wehrlos dem kommunistischen Regime ausliefern würde.

Auch die andern Versuche, im Vietnamkonflikt eine Lösung zu finden oder die verhärteten Fronten aufzulockern, sind bisher ohne Ergebnisse geblieben. Der Appell, den *Papst Paul VI.* am 20. Juli an die verantwortlichen Staatsmänner richtete, hat kaum ein Echo gefunden. Die Mission des französischen Fernostexperten *Jean Sainteny* in Hanoi scheint eher eine Erkundungsfahrt im Auftrage Präsident de Gaulles gewesen zu sein als ein ernsthafter Vermittlungsversuch, und das äußerste, was aus diesem Kontakt resultieren könnte, wäre ein Treffen zwischen de Gaulle und Ho Chi Minh während der Fernstreise des französischen Präsidenten im kommenden Herbst.

Labour in Bedrängnis

Ein Nein aus Moskau hat schließlich auch der britische Premierminister *Harold Wilson* nach Hause gebracht, der auf einer improvisierten Reise in die Sowjetunion die Bereitschaft des Kremls zu Gesprächen über Vietnam testen wollte. Wilsons Blitztour nach der sowjetischen Hauptstadt hatte freilich nicht nur außenpolitische Motive. Als nüchterner Realist durfte sich Wilson kaum

Illusionen über die Aussichten für eine Verständigung in Vietnam hingegeben haben. Ihm lag es vor allem daran, den linken Flügel seiner Partei wenigstens in der Vietnamfrage zu beschwichtigen, ehe er dem britischen Parlament sein neues *Restriktionsprogramm* unterbreitete, das — wie er voraussah — beim gewerkschaftlichen Flügel Labours auf erhebliche Widerstände stossen würde.

Am 20. Juli, zwei Tage nach seiner Rückkehr aus Moskau, hat der Labourpremier das Unterhaus mit seiner neuen Deflationspolitik konfrontiert. Es war eine bittere Pille, die er dem Land verabreichte. Um eine Gesundung der britischen Wirtschaft zu erreichen und das gefährdete Pfund zu stützen, entwarf Wilson ein *drastisches Sparprogramm*. Es sieht einen Stopp der Löhne und Gehälter auf sechs Monate hinaus vor, verbunden mit einem Stopp der Preise während eines Jahres. Abzahlungsgeschäfte sollen künftig erschwert werden, die Abgaben auf Alkohol und Treibstoffe werden erhöht, ebenso die Umsatzsteuern und die Posttaxen. Die Devisen für private Auslandreisen werden beschränkt. Schließlich sollen auch die Verteidigungsausgaben gekürzt werden, wovon vor allem die *Rheinarmee* betroffen würde. Um Bonn über die Notwendigkeit dieser Maßnahme und die Pläne des Labourkabinetts zu orientieren, wurde Schatzkanzler *Callaghan* nach der Bundesrepublik geschickt. Eine massive Devisenhilfe Bonns oder ein Abbau der britischen Truppen in Deutschland scheinen unvermeidlich zu sein.

Wilsons Programm, dessen Bekanntgabe er mit einem Appell an Einsicht und Disziplin seiner Mitbürger verband, bedeutet für Labour die erste schwere Bewährungsprobe seit der Machtübernahme im Herbst 1964. Nicht umsonst hat Wilson dieses Jahr die britischen Wähler zu dem ungewohnten Frühjahrstermin an die Urnen gerufen, um von ihnen eine klare Vollmacht für die nächsten fünf Jahre zu erhalten. Schon damals ließ es sich voraussehen, daß der notleidenden Wirtschaft des Landes nur mit einschneidenden Maßnahmen geholfen werden könnte. Fast ebenso sicher wäre jedoch eine Wahlniederlage Labours gewesen, wenn Wilson sein Austerity-Programm noch wäh-

rend des früheren Parlaments verkündet hätte, in welchem die Arbeiterpartei nur eine dünne Mehrheit besaß. Diesem Risiko wollte sich Wilson nicht aussetzen. So wählte er den aus seiner Sicht taktisch richtigen Weg, erst mit einer komfortablen Parlamentsmajorität mit seinen Deflationsplänen vor die Öffentlichkeit zu treten. Im Wahlkampf hat sich Wilson zu keinen Versprechungen hinreißen lassen, und in den ersten Monaten nach dem Wahlsieg vom 31. März hat er die Opposition innerhalb Labours mit Zugeständnissen wie der Verstaatlichung der Stahlindustrie und der vorsichtigen Distanzierung von der Vietnampolitik Washingtons zu beschwichtigen versucht.

Trotz dieser geschickten Taktik ist es ihm nicht ganz gelungen, die Widerstände seiner eigenen Parteifreunde gegen seinen neuen Kurs auszuräumen. Der Exponent des linken Flügels in der Regierung, *Frank Cousins*, ist schon wenige Tage vor Bekanntgabe der neuen Austerity aus dem Kabinett zurückgetreten und an die Spitze der Transportarbeitergewerkschaft zurückgekehrt. Auch Wirtschaftsminister *George Brown*, der zweite Mann der Labourregierung, hat seine Demission angeboten und konnte nur mit Mühe zum weiteren Verbleiben im Kabinett überredet werden, in dem nun nicht mehr er, sondern Schatzkanzler *Callaghan* für die nächste Zeit die Rolle des zweiten Mannes übernehmen wird. Die Gewerkschaften haben, in gemäßigter wie in extremer Form, ihre Bedenken gegen den Lohnstopp geltend gemacht. Die *Konservativen* schließlich, obwohl sie einen Teil der Maßnahmen Wilsons billigen, brachten im Unterhaus einen *Mißtrauensantrag* ein. Wenige Monate nach ihrem eindrucksvollen Wahlsieg befindet sich die Labourregierung in harter Bedrängung. Die innere Schwäche Großbritanniens aber hat, und das ist das Bedenkliche für den Westen, auch eine Schwächung der außenpolitischen Position Englands zur Folge, dessen weltweite Verpflichtungen — vor allem in Deutschland und östlich von Suez — in Gefahr sind, im Interesse einer wirtschaftlichen Stärkung des Mutterlandes immer mehr abgebaut zu werden.

Fabius

DE GAULLE IN MOSKAU

Während in den offiziellen Kreisen Moskaus das Lob der erneuerten russisch-französischen Freundschaft noch nicht verkündung ist, fragt man sich in Paris, was die Folgen der von weltweitem Echo begleiteten Reise General de Gaulles in die Sowjetunion sein werden. Diese Reise fand kurz nach der Konferenz von Brüssel statt, die keine Lösung, aber auch keine Verschlechterung der Situation gebracht hatte. Der Ausgang der Verhandlungen zwischen den Vierzehn und Frankreich ist befriedigend, da sich Frankreich zwar aus der NATO zurückgezogen hat, aber Mitglied der Allianz bleibt. Um sein politisches Spiel zu spielen, braucht der französische Staatschef das atlantische Bündnis, aber Frankreichs Anteil daran soll möglichst reduziert werden.

Die russische Presse wies darauf hin, daß der Handelsaustausch zwischen Rußland und Frankreich, verglichen mit 1938, auf mehr als das Dreizehnfache angestiegen sei, aber sie betonte gleichzeitig, daß Frankreich 1965 für zwei Milliarden Dollar Waren aus den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland einführte. Trotz der russischen Zusicherungen hinsichtlich bedeutender Aufträge für Ausrüstungsgüter in Frankreich, trotz der Übernahme eines Verfahrens für Farbfernsehen (SECAM), und trotz der Einrichtung einer Automobilfabrik durch Renault (die allerdings kleiner ist als jene der Fiat), zeigen die Zahlen, daß Rußland 1964 nur 0,7% der gesamten französischen Ausfuhr aufnahm (dreimal weniger als Japan, fünfmal weniger als Kanada). Heute sehen die Kremlführer die Notwendigkeit ein, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich zu verbessern, und die Vermehrung der diplomatischen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte, über die verhandelt wurde, zeigt eine neue Entwicklung an, der man mit begrenztem Optimismus entgegensehen kann.

Die Engländer, die in der westlichen Solidarität die einzige Waffe gegen den Kom-

munismus sehen, haben nicht die Absicht, de Gaulle die diplomatische Bühne zu überlassen. Der britische Delegierte Sir Evelyn unterbreitete dem ständigen NATO-Rat im Augenblick des Beginns der Moskauer Gespräche ein Vorprojekt über die Art, wie Verhandlungen mit den verschiedenen kommunistischen Ländern Europas geführt werden könnten. Ohne das Ergebnis der Rußlandreise abzuwarten, versuchen so die Mitglieder der atlantischen Allianz, ihrerseits Gespräche mit der Sowjetunion und den Satellitenstaaten über die wichtigsten politischen Probleme einzuleiten. Dabei sind die Absichten der britischen Regierung von keinerlei Bitterkeit oder Erregung begleitet, und Wilson selbst anerkannte, daß der Reise General de Gaulles aufgrund seines internationalen Ansehens eine außergewöhnliche Bedeutung zukomme.

Wer befürchtet oder gehofft hatte, die atlantische Solidarität würde durch den Rußlandbesuch erschüttert, sah sich getäuscht. Aufgrund der bis jetzt vorliegenden Informationen scheinen die Gespräche am allgemeinen Rahmen der West-Ost-Beziehungen nichts geändert zu haben. Vor seiner Abreise verfolgte der französische Staatschef das hochgesteckte Ziel, mit seinen Gesprächspartnern wenn nicht zu einer positiven Regelung, so doch zu einer Beruhigung in der deutschen Frage zu gelangen, wie er es Bundeskanzler Erhard versprochen hatte. Außerdem dachte er den Grund für jenes vielförmige Europa zu legen, das ihm vor schwebt, und das sich «vom Atlantik zum Ural» erstrecken soll. Heute muß man zugeben, daß hinsichtlich des Problems der europäischen Sicherheit, dem die Russen die größte Wichtigkeit beimessen, jedermann bei seinem Standpunkt geblieben ist. In Washington, London und Bonn, wo man sich beeilte, die Konsequenzen aus der Reise des Generals zu ziehen, herrscht nach wie vor die Ansicht vor, daß sich die Entwicklung der Beziehungen zwischen den

westlichen und den kommunistischen Ländern aus einem gemeinsamen Vorgehen der großen westlichen Demokratien und vor allem aus der Erhaltung ihrer engen Solidarität ergeben muß.

In Bonn verfolgt man die russisch-französischen Beziehungen nicht mit ungeteilter Befriedigung. Man ist sich darüber im klaren, daß de Gaulles Gespräche in der Sowjetunion eine neue Situation geschaffen haben, der Bundeskanzler Erhard, wie alle anderen westlichen Führer, wird Rechnung tragen müssen. In gewissem Sinne beweisen die Deutschen eine realistische Einstellung, wie die Anregungen des CDU-Fraktionsführers Rainer Barzel zeigen, der in einer Rede in Washington das «Sicherheitsbedürfnis» der Sowjetunion anerkannte. Er empfahl, das Verbot der kommunistischen Partei in der Bundesrepublik aufzuheben, verlangte die Aufrechterhaltung der amerikanischen Präsenz in Europa und betonte die absolute Notwendigkeit der NATO.

Barzels Erklärungen wurden in Bonn nicht sehr ernst genommen, aber sie weckten doch die Aufmerksamkeit jener politischen Kreise, welche die Wiedervereinigung wünschen und ihre Hoffnungen in den Plan eines «Großeuropa» setzen, wie es General de Gaulle vorschwebt.

Obwohl die Gespräche im Kreml mit äußerster Diskretion geführt wurden, haben die Pressekorrespondenten den von de Gaulle gleich zu Beginn an die sowjetische Regierung gerichteten Aufruf unterstrichen, das deutsche Recht auf Wiedervereinigung anzuerkennen. Diese Bedingung für den Frieden in Europa hält der General für notwendig, hatte er doch bereits vor vier Jahren, anlässlich seiner triumphalen Deutschlandreise, in Hamburg sein aus Generalstabsoffizieren bestehendes Publikum in Wallung versetzt, indem er das Lob der deutschen Einheit sang.

Der am Vorabend der Abreise nach Moskau verfügte Abzug der französischen Lufteinheiten aus Westfalen wird sicher nicht dazu beitragen, die Fiktion des deutsch-französischen Einvernehmens zu stützen, das Erhard aufrichtig wünscht. Obwohl er nur einige wenige Einheiten betrifft, hat

dieser überstürzte Rückzug für die Deutschen Symbolwert. Anderseits stellt man fest, daß im selben Augenblick, da Frankreich die NATO verläßt und den atlantischen Zusammenhalt schwächt, Breschnew und Kossygin die Bindungen innerhalb des Warschauer Paktes verstärken. Am Tag des Beginns der geheimen Moskauer Gespräche erklärte Marschall Malinowski, zweifellos im Einverständnis mit dem Kreml: «Da die amerikanischen Imperialisten ihre Aggression in Vietnam intensivieren, fördern wir unsere Allianz mit den sozialistischen Ländern und verstärken wir die Funktionsbereitschaft des Warschauer Vertrags.» Ostdeutschland bleibt so das Kernstück der sowjetischen Herrschaft in Mittel- und Osteuropa, und alles weist darauf hin, daß es nicht auf diese Rolle verzichten wird, die es für die Rechnung der Sowjetunion zu spielen hat.

Indessen ist es gerade die Frage der Wiedervereinigung Europas, in der die Moskauer Führer dem Leitgedanken de Gaulles nahekommen. Sie entspricht theoretisch jenem Plan politischer Strategie, den der General im geheimen seit je gehegt hat, und der seit der Zeit der Kriegsschule in mehreren seiner Werke durchscheint. Aber diese Wiedervereinigung Europas verlangt jene Deutschlands, in einem geeigneten Rahmen und mit den nötigen Sicherheiten. Es ist klar, daß die Sowjetunion nicht leicht auf jenen Teil Deutschlands verzichten wird, den sie sowjetisiert hat und als «Preis ihres Sieges» betrachtet. Aber auf jeden Fall lassen die gegenwärtigen Verhältnisse Tendenzen erkennen, die auf eine Annäherung beider Europa zielen und die in der stalinistischen Epoche des kalten Krieges errichteten Schranken als überholt erscheinen lassen. Das Rußland der Sowjets ist die zweitgrößte Militärmacht der Welt, und seine Truppen besetzen noch heute Ungarn und Ostdeutschland. De Gaulle ist sich des ihm zuerkannten Vermittlerprestiges zu sehr bewußt, als daß er versäumen würde, es in Moskau zugunsten der europäischen Einheit und der Aufhebung der Spaltung Deutschlands einzusetzen. Aber eine solche Regelung setzt eine eingehende Diskussion zwischen

der Bundesrepublik und der Sowjetunion voraus, ein Gespräch, das der französische Staatschef gern in Gang bringen möchte.

Auffrischung der russischen Allianz

In den gaullistischen Kreisen von Paris freute man sich über den warmen Empfang und die Herzlichkeit des russischen Volkes, die an die guten Zeiten der Allianz erinnerte, als die französische Flotte in der Bucht von Kronstadt vor Anker ging. Damals, nach Bismarcks Rücktritt, trachtete die Regierung von Sankt Petersburg danach, sich gegen die zu offensichtlichen Ambitionen des jungen Wilhelm II. vorzusehen, und die zaristische Presse war des Lobes voll für die Vertreter der französischen Republik, mochten sie auch radikal-sozialistisch sein. Heute stimmt die *Prawda* eine Hymne auf de Gaulle an, den sie vor kurzem noch als «Helpershelfer des Faschismus» und als «Komplizen der deutschen Revanchisten» bezeichnete. Es ist reizvoll, sich zu erinnern, daß Ende des letzten Jahrhunderts am Rande des publizistischen Getriebes eine ähnliche rege und geheime diplomatische Aktivität entfaltet wurde, wie es heute zwischen Frankreich und der Sowjetunion der Fall ist.

De Gaulles große Pläne lassen ihn eine Entwicklung ins Auge fassen, die einen Anschluß Rußlands und seiner Satelliten an den Westen herbeiführen soll. Die wachsende chinesische Bedrohung an der russischen Ostgrenze scheint einen solchen Anschluß zu begünstigen. Auch der schwer zu bestreitende teilweise Mißerfolg der deutsch-französischen Zusammenarbeit fördert bis zu einem gewissen Grade die freundschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Rußland. Der General macht sich diese günstige Atmosphäre zunutze, um sein Projekt eines «Großeuropa» voranzutreiben, das ihn nach wie vor beschäftigt, demgegenüber sich aber die Sowjets bisher zurückhaltend gezeigt haben. Trotz Wärme und Herzlichkeit ist das russische Eis noch nicht geschmolzen.

Merkwürdigerweise zeichnet sich gerade jetzt eine Annäherung Rußlands an Amerika

ab, und die *Prawda* vom 20. Mai betonte, daß die Beziehungen fruchtbare werden könnten, wenn die Vereinigten Staaten auf die «Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder» verzichteten.

Die starre Unversöhnlichkeit des französischen Staatschefs gegenüber der amerikanischen Politik datiert nicht von gestern. Man hat sie auf die Auseinandersetzungen mit Roosevelt während des Krieges und auf die Unvereinbarkeit der Charaktere beider Männer zurückgeführt. Sicher ist jedenfalls, daß die seit langem vorbereitete Rußlandreise einem Gesamtplan entspricht, in den auch alle Satellitenländer einbezogen sind. Im dritten Band seiner Kriegsmemoiren schrieb de Gaulle 1945: «Il convient d'assurer à la France sa sécurité en Europe occidentale. Collaborer avec l'Ouest et l'Est, au besoin contracter d'un côté ou bien de l'autre les alliances nécessaires, sans accepter jamais aucune dépendance. Amener à se grouper, au point de vue politique, économique et stratégique, les Etats qui touchent au Rhin, aux Alpes, aux Pyrénées. Faire de cette organisation l'une des trois puissances planétaires et, s'il le faut, un jour, l'arbitre entre les deux camps, soviétique et anglo-saxon.»

Diese Kontinuität der politischen Ansichten ist ein kennzeichnender Zug von de Gaulles Persönlichkeit. Nach dem angeführten Zitat besteht das Ziel darin, die Gesamtheit der europäischen Länder in einer Organisation zusammenzufassen, die ohne Abhängigkeit von Amerika mit dem Osten wie mit dem Westen zusammenarbeiten könnte. Indem er sich aus der atlantischen Integration löst, weist de Gaulle seinen westlichen Partnern den Weg, den es einzuschlagen gilt, und er zweifelt nicht an der Wirksamkeit des Beispiels, das er gibt. Damit traut er sich sehr viel zu, denn bisher deutet nichts darauf hin, daß die Absichten der europäischen Regierungen seinen Hoffnungen entgegenkommen. Gewiß hat Frankreich in den Augen Moskaus das Verdienst, die atlantische Solidarität wenn nicht zerstört, so doch erschüttert und dadurch die Koalition geschwächt zu haben, die in stalinistischer Zeit zur Abwehr der

russischen Hegemonieansprüche entstand. Die sowjetische Regierung versuchte seit langem durch eine untergründige Propaganda, die auch Frankreich nicht verschonte, die Einheit der NATO zu sprengen. Dies gelang ihr teilweise dank der Zerstörung des fundamentalen Werkes, das Robert Schumann in fünfzehnjähriger, geduldiger Bemühung geschaffen hatte.

Man konnte nicht annehmen, daß de Gaulle im Lauf der Moskauer Gespräche von seiner Grundidee über die Organisation Europas abweichen würde. Er wiederholte den Russen gegenüber, daß darüber, unter Beteiligung der Sowjetunion und Deutschlands, verhandelt werden müsse, aber er betonte auch nachdrücklich die Wichtigkeit der «amerikanischen Garantie». Vielleicht wollte er damit die westlichen Verbündeten beruhigen, die aufgrund gewisser Erklärungen bei seiner Ankunft in Moskau besorgt waren. Jedenfalls hielt er es für angebracht, seinen sowjetischen Gastgebern deutlich zu machen, daß er die bedeutende Rolle nicht unterschätzt, welche die Vereinigten Staaten «bei der Umwandlung und Befriedung der Welt» zu spielen haben.

Die Diskussion mit Breschnew über diese wesentliche Frage wird nicht so rasch vergessen werden, denn im Laufe dieser Konfrontation, die sich durch aufrichtige Herzlichkeit ausgezeichnet haben soll, wurde der unüberbrückbare Abgrund sichtbar, der die beiden Gesprächspartner hinsichtlich Mentalität und psychologischer Struktur trennte. Sie sprachen nicht die selbe Sprache, nicht weil der eine Franzose und der andere Russe ist, sondern weil sie zwei gänzlich verschiedenen Kulturen und Denkweisen angehören. Das bleierne Schweigen der sowjetischen Vertreter und ihre Ausflüchte gegenüber präzisen Vorschlägen zum Europaproblem haben de Gaulle bald davon überzeugt, daß ihm die gewünschte Weichenstellung in der internationalen Situation nicht gelingen würde. Er soll am Ende nicht ohne Ironie daran erinnert haben, daß er seinerzeit in demselben Katharinensaal, in dem das Gespräch stattfand, mit Stalin gespeist habe, aber es wurde nicht bekannt, wie diese Evokation auf seine Partner ge-

wirkt hat, denen er eben seine weitgreifenden Pläne auseinandergesetzt hatte.

General de Gaulle hat seine Gastgeber auch über die gegenwärtige Phase der französisch-amerikanischen Beziehungen informiert und mit ihnen die dringlichsten Fragen besprochen. Der Sinn seiner berühmten, aber ziemlich hermetischen Formel eines «Europa vom Atlantik bis zum Ural» ist nicht immer richtig verstanden worden. Sie postuliert vermutlich im Geiste des Generals eine Vereinigung aller weißen Nationen des alten Kontinents. Da Rußland zu diesen Nationen gehört, soll es an der gemeinsamen Organisation der europäischen Länder beteiligt sein. Ist das ein romantisches Traum, ähnlich jenem, den Napoleon nach der Konferenz von Tilsit hegte, oder ist es umsichtige Berechnung eines ehrgeizigen Spielführers? Vorläufig steht jedenfalls fest, daß die Partner Frankreichs in Bonn, Rom, London und Brüssel keine Lust haben, sich de Gaulles Politik gegenüber den Vereinigten Staaten anzuschließen. Die Realpolitik, auf welche die Bewunderer Rußlands sich gerne berufen, um die französisch-russische Annäherung zu rechtfertigen, war nicht einmal zu Bismarcks Zeiten immer ein lobend geheimer Ausdruck. Wenn man sich ihr heute in der gleichen übertriebenen Weise verschreibt wie seinerzeit der russischen Allianz, so steht zu befürchten, daß man sich einigen Unannehmlichkeiten aussetzt.

Es ist noch zu früh, um endgültige Schlüsse aus der Moskauer Reise zu ziehen, die in der gemeinsamen Schlußerklärung als ein Ereignis von großer Tragweite gepriesen wird. Neben den unterzeichneten Abkommen über Raumforschung und wissenschaftliche Kontakte sind die vom Handelsabkommen von 1964 eröffneten Möglichkeiten wieder zu Ehren gekommen. In der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sind keine Fortschritte erzielt worden, und man kann annehmen, daß es die Sowjets vorläufig dabei bewenden lassen. Bei seiner Rückkehr soll de Gaulle die Gespräche mit dem Ausspruch charakterisiert haben: «Ils ont mis leur disque, j'ai mis le mien.»

Immerhin ist es zu begrüßen, daß Frankreich sich bemüht, den eisernen Vorhang

zu heben und mit den Ländern Mitteleuropas Beziehungen aufzunehmen, aber man staunt über die Gleichgültigkeit, mit der sich gewisse Staatsmänner und reisende Diplomaten über das Schicksal der Völker äußern, die dem eisernen Gesetz des kommunistischen Regimes unterworfen sind. Offensichtlich liegt das Interesse des alten Kontinents nicht darin, die Überlegenheit des sowjetischen Systems zu verkünden, sondern darin, das eigene Denken und Handeln zu koordinieren. Nur um diesen Preis wird Frankreich

die seinem Maß und seinen Möglichkeiten entsprechende Rolle spielen können, nicht um Vorteile zu erringen oder seine Eitelkeit zu befriedigen, sondern um seinen europäischen Partnern den Weg des gemeinsamen Interesses und einer wahren Gemeinschaft zu zeigen. Der Weg zu dieser Neugruppierung ist sicher nicht einfach, aber man darf General de Gaulle zutrauen, daß er ohne Umschweife und mit der gewohnten Beherrschung an das Problem herantreten wird.

Jean de Saint-Chamant

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Überwundene Depression?

Seit der Mirage-Krise begegnet die Tätigkeit unserer eidgenössischen Parlamentarier stark erhöhter Beachtung. Und auch das Parlament selbst ist auf vermehrte Publizität bedacht. Die eidgenössischen Räte sind wieder deutlicher ins Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten. Das hat seine Vorteile, kann aber auch zur Last werden. Bei verschiedenen Volksvertretern hatte man nach Ausbruch der Mirage-Affäre den Eindruck, daß sie sich auf der emotionalen Woge parlamentarischer Selbstaufwertung zu Vorsätzen und Versprechungen hinreißen ließen, die ein Amateurparlament nun einmal schwer einzulösen vermag.

Die Folge davon war, daß der weitere Verlauf der parlamentarischen Reformen von der Öffentlichkeit besonders scharf unter die Lupe genommen wurde. Dabei konnte in jenem Teil der Presse, der die Politik mit intellektualistischer Betriebmacherei verwechselt, hämische Kritik nicht ausbleiben. Da im Bereich der eidgenössischen Politik auch sachlich nicht alles zum besten lief, sank das Stimmungsbarometer unter der Bundeskuppel im Lauf des letzten Jahres immer tiefer. Die Dezembersession dürfte dabei allen Beteiligten in besonders peinlicher Erinnerung sein. Überflüssige Wirren um eine Bundesratswahl und überraschende

taktische Sondertouren großer Parteien trugen dazu bei, daß der Eindruck aufkam, es gehe alles schlecht und immer schlechter.

Inzwischen hat sich aber eine deutliche Klimabesserung angebahnt. In der vergangenen Junisession der eidgenössischen Räte gewann man den Eindruck, daß der Tiefpunkt der Depression überwunden sei. Zwar gibt es noch immer unbewältigte Restbestände der Mirage-Angelegenheit, und die kritischen Schwerpunkte der Innenpolitik haben sich teilweise noch zusätzlich akzentuiert. Doch macht es den Anschein, daß das Parlament sozusagen sein seelisches Gleichgewicht wieder zu finden beginnt. Der Grund liegt ganz einfach darin, daß sich unangebrachte Euphorien endgültig verflüchtigt zu haben scheinen und daß anderseits auf zahlreichen Gebieten wirklich eindrückliche Arbeit von solidem Zuschnitt geleistet worden ist.

Kleine Parlamentsreform

Das große Anliegen des Parlaments, der Ausbau der Verwaltungskontrolle, war schon in früheren Sessionen weitgehend bereinigt worden. In der Sommersession mußten nur noch einige Differenzen ausgehandelt werden, wobei man sich in ruhiger Atmosphäre fast durchgehend auf einer vernünf-

tigen mittleren Linie fand. Selbst die leidenschaftlichsten Reformer haben nämlich inzwischen eingesehen, daß Stärkung des Parlaments nicht Schwächung einer Regierung bedeuten darf, die sich ohnehin nicht durch ein Übermaß an Autorität auszeichnet.

Augenfälliger traten in der Junisession Ergebnisse der sogenannten «kleinen Parlamentsreform» in Erscheinung. Sie betreffen Organisation und äußere Form der parlamentarischen Arbeit, Dinge also, denen kein staatspolitisches Gewicht zukommt, die aber für die Leistungsfähigkeit der Räte doch von Bedeutung sind. Diese scheinbaren Nebensächlichkeiten sind schon deshalb nicht zu unterschätzen, weil sie den optischen Eindruck und damit das Prestige in der Öffentlichkeit stark mitbestimmen.

Zunächst war es auffallend, daß die Appelle zur rhetorischen Selbstdisziplin, die vor allem an die Volkskammer ergangen waren, deutliche Früchte zeitigten. Viele Voten waren vorbildlich knapp. Und manche Kommissionsberichterstatter, die sonst auch bei reinen Routine- und Bagatellgeschäften zu weitschweifigen Ausführungen ausholten, beschränkten sich nun auf das unbedingt Nötige. Das trifft vor allem auch auf die «Referenten anderer Zunge» zu, die reglementsgemäß jeweils in der anderen Verhandlungssprache zu wiederholen haben, was der Kommissionspräsident bereits ausgeführt hat. Es ist erstaunlich, Welch frischen Zug schon diese simplen Maßnahmen in den Gang der Debatten zu bringen vermochten. Es bleibt zu hoffen, daß dieser Anlauf zur besseren Verhandlungsdisziplin nicht bloß ein Strohfeuer bleibt.

Aufbruch zur großen Reform?

Für manche überraschend sind die vielfältigen Diskussionen um nötige oder wünschbare Reformen unseres Staates und unserer politischen Entscheidungsbildung im letzten Herbst unvermittelt auf den Boden formeller Verbindlichkeit gestellt worden. Mit Ständerat Karl Obrecht aus Solothurn hat sich einer unserer angesehensten eidgenössischen Parlamentarier in der Sache engagiert, indem er eine Motion mit dem Zweck der Vor-

bereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung einreichte. In der Volkskammer doppelte ein anderer Politiker von unbestrittenem Ansehen, der Basler Nationalrat Peter Dürrenmatt, nach. Beide Motionen wurden in der Sommersession vom Bundesrat entgegen genommen.

Es wäre übertrieben, wollte man in diesem Zusammenhang von einer Welle der Begeisterung sprechen. Selbst jene Kreise, die bisher von der Schweiz als einem «Land ohne Zukunft» und ohne Mut zur Erneuerung zu sprechen pflegten, verhalten sich angesichts der Tatsache, nun verbindlich Farbe bekennen zu müssen, bemerkenswert ruhig. Die erfahrenen Praktiker der Politik ihrerseits wissen zu sehr um die Schwierigkeit, ein solches Vorhaben erfolgreich zwischen den Klippen unseres Vielparteiensystems mit dem ausgeprägten Mitspracherecht weiterer Interessengruppen hindurchzusteuern, als daß sie an diese Initiative allzu hohe Erwartungen knüpfen würden.

Doch gerade dieser weitverbreitete Realismus berechtigt zu einigen Hoffnungen. Eine große Revision unseres Regierungssystems kann unter den heutigen Verhältnissen nicht ein von Begeisterung getragener großer Wurf sein. Dazu sind die Dinge zu komplex. Voraussetzung einer solchen Erneuerung ist vielmehr der Wille zu einer Detailarbeit, die sich auch unter günstigsten Umständen über Jahre erstrecken wird. Diese Vorarbeit muß einmal an die Hand genommen werden, gleichgültig ob das Ergebnis letzten Endes seinen Niederschlag in einer Gesamtrevision oder in einer Reihe von Teilrevisionen finden wird. Entscheidend ist, daß die vielfältigen Reformbestrebungen unserer Tage endlich systematisch gesichtet und in den Zusammenhang des ganzen Staatsaufbaus gestellt werden. Wie weit dies in der Praxis der Fall sein wird, hängt nun weitgehend davon ab, in welcher Form der Bundesrat seinen Auftrag zu erfüllen gedenkt. Die erste Phase sollte nach Möglichkeit die wissenschaftlichen Sachverständigen zum Zuge kommen lassen. Für den nötigen und unvermeidlichen Ausgleich der praktischen Interessen wird nachher noch Raum und Zeit genug bleiben.

Außenpolitik als ständiges Traktandum

Was noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre, scheint nun eine Selbstverständlichkeit zu werden: die ständige Beschäftigung mit der Außenpolitik nicht nur durch das Politische Departement, sondern auch in Parlament und Öffentlichkeit. In der vergangenen Sommersession kam es gleich dreimal zu grundsätzlichen Debatten. Bundespräsident Schaffner erhielt Gelegenheit, sich zur Integrationspolitik zu äußern, wo sich insofern eine gewisse Veränderung anbahnt, als die EWG ihre politischen Zielsetzungen nicht mehr so rigoros betont und damit bloßen handelspolitischen Kontakten auch nicht mehr so abweisend gegenüberzutreten scheint. Im Nationalrat kam sodann die Frage eines Beitritts zur Menschenrechtskonvention des Straßburger Europarates zur Sprache. Der Bundesrat hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß die Vorbehalte in bezug auf das noch fehlende Frauenstimmrecht und die konfessionellen Ausnahmeartikel allzu schwer wiegen, als daß eine bedingte Aufnahme vertretbar wäre. Da aber die Lösung dieser beiden Fragen eingeleitet ist, mehren sich die Stimmen, die trotzdem für einen Beitritt votieren. Man darf gespannt sein, zu welchem Ergebnis der Bundesrat bei seiner in Aussicht gestellten erneuten Überprüfung der Angelegenheit gelangen wird.

Am meisten Aufsehen erregte die dritte außenpolitische Debatte. Die Behandlung des Geschäftsberichts bot Anlaß zu verschiedenen Vorstößen, die sich mit unserer Haltung zu den Vereinigten Nationen befassen. Der neue Vorsteher des Politischen Departements, Bundesrat Spühler, nahm die Gelegenheit zu einer ausführlichen Stellungnahme wahr, wobei er im Vergleich zum Rechenschaftsbericht von Bundesrat Wahlen im vergangenen Herbst zwar nicht materiell, wohl aber in der Akzentuierung neue Nuancen zur Diskussion stellte. Er wies darauf hin, daß sich Charakter und Aktivität der UN in einer Weise gewandelt haben, daß die Vorbehalte unserer Neutralitätspolitik möglicherweise in absehbarer Zeit kein Hindernis mehr für einen Beitritt darstellen

könnten. Auch gab er zu bedenken, daß die UN immer deutlicher zur universellen Weltorganisation der Staatengesellschaft werden, wodurch ein Abseitsstehen auf die Dauer von Nachteil sein könnte.

Diese Ausführungen haben in einem Teil der Presse zu sensationellen Schlagzeilen geführt. Bei genauer Prüfung zeigt es sich aber, daß keinerlei Anlaß besteht, von einer grundlegenden Kursänderung zu sprechen. Die Rede unseres Außenministers entsprach dem permanenten Auftrag des Bundesrates, unser Verhältnis zur Umwelt und insbesondere zu den internationalen Organisationen laufend mit aller Sorgfalt zu überprüfen. Im übrigen sorgte UN-Generalsekretär U Thant kurz darauf persönlich dafür, daß die Spekulationen nicht allzu sehr ins Kraut schossen: An einer Pressekonferenz in Genf bekundete er zwar Freude über das steigende Interesse der Schweiz gegenüber den UN, betonte aber, daß er einen Sonderstatus für unser Land als nicht realisierbar erachte.

Schwarze Wolken über dem Bundeshaushalt

Seit Monaten ist von der wachsenden Finanzklemme des Bundes die Rede. In den letzten Wochen wurde die Öffentlichkeit mit zwei «Kostproben» konfrontiert, die große Wellen schlagen, weil sie fast jeden angehen. Ende Juni wurde die Botschaft über die Erhöhung der Posttaxen veröffentlicht; in der dritten Juliwoche wurden Einzelheiten über die Schwierigkeiten der Nationalstraßenfinanzierung bekannt, die in weiten Kreisen wie eine Bombe wirkten.

Daß die Postgebühren erhöht werden müssen, war schon seit längerer Zeit bekannt. Die Verwaltung führt gute Gründe an: Die Teuerung wurde in den letzten Jahren nicht mehr ausgeglichen; der Rationalisierung sind in diesem Dienstleistungsbetrieb Grenzen gesetzt, ganz abgesehen davon, daß sie hohe Investitionen erfordern. Die Öffentlichkeit würde diesen Argumenten indessen weit mehr Verständnis entgegenbringen, wenn sich nicht immer deutlicher ein Leistungsschwund abzeichnen würde und wenn

man die Gewißheit haben könnte, daß die PTT künftig eine weniger aufwendige Baupraxis anwenden würde. Postgebäude sollen zweckmäßig sein; daß es Paläste sein müssen, steht nirgends geschrieben.

Die finanzpolitischen Aspekte des Nationalstraßenbaus drohen sich zu einem eigentlichen Skandal auszuweiten. Bis Ende 1967 werden die neben den gesetzlichen Bundesbeiträgen ausgerichteten Vorschüsse an die Kantone den Betrag von zwei Milliarden Franken erreichen, von denen man nicht weiß, wann und wie sie in die Bundeskasse zurückfließen werden. Daß es so nicht weitergehen kann, ist klar. Was aber tun? Der Gedanke, Tunnelgebühren zu erheben, hat im Tessin sofort zu heftigsten Protesten geführt. Eine allgemeine Nationalstraßensteuer wird ebensowenig Anklang finden, ganz abgesehen davon, daß solche Maßnahmen in jedem Fall bloß den berühmten Tropfen auf den heißen Stein darstellen werden. Dieses Problem wird also noch viel zu reden geben. Es wird vor allem auch den Anstoß für eine konsequent gehandhabte Prioritätsordnung im Rahmen der kommenden langfristigen Finanzplanung bilden müssen.

Der Bann ist gebrochen!

Am 26. Juni hat das Stimmvolk von Baselstadt die Einführung des Frauenstimmrechts beschlossen. Damit ist der Bann in der deutschen Schweiz gebrochen. Das Basler Beispiel wird ohne Zweifel Schule machen, auch wenn der negative Ausgang der Tessiner Volksabstimmung zwei Monate früher gezeigt hat, daß die Widerstände noch immer weit verbreitet sind. Damit wird auch der Zeitpunkt für einen neuen Vorstoß auf Bundesebene näherücken. Eine Motion, die in der vergangenen Session im Nationalrat begründet wurde, hat die formelle Erörterung dieser Frage bereits eingeleitet.

Der Basler Entscheid vermochte allerdings nicht ungetrübte Freude zu bereiten; denn nur 34,5 Prozent der Bürger waren bei dieser staatspolitisch doch höchst bedeutungsvollen Abstimmung zum Gang zur Urne zu bewegen. Auch hier zeigte es sich wieder, daß die politische Abstinenz immer bedenklichere Formen annimmt und selbst durch Fragen von größtem grundsätzlichen Gewicht kaum noch durchbrochen werden kann.

Spectator

VIELDEUTIGE EINSAMKEIT

medizinisch — psychologisch — soziologisch — religiös

Wieviele Aspekte und Deutungen das eine Wort «Einsamkeit» zuläßt, wie es den Geisteswissenschaftler zu immer neuen Theorien (Theoria — die Schau), den Theologen zu Meditationen und den Praktiker, in diesem Fall Ärzte, Psychologen und Pädagogen, zu immer neuen Erfahrungen und daraus sich ergebenden Möglichkeiten der Erkenntnis und der Hilfeleistung veranlaßt und aufruft, das erfuhren die Teilnehmer der diesjährigen Arbeitstagung der Stuttgarter Gemeinschaft «Arzt und Seelsorger», vorbereitet und gestaltet von Professor Wilhelm Bitter, Stuttgart.

Die äußeren Voraussetzungen zu jeder Einsamkeit waren zwar vom 16. bis 20. Juni in dem Luftkurort Freudenstadt im Schwarzwald, inmitten von Kurgästen und Urlaubern, äußerst gering. Um so mehr ist das starke Interesse und die große Teilnehmerzahl der aus dem ganzen Bundesgebiet und den benachbarten Ländern, vor allem aus Holland und der Schweiz, herbeigeeilten Theologen, Soziologen, Psychologen, Pädagogen und Mediziner hervorzuheben. Sie alle bewiesen, wie sehr ihnen das Thema — seien sie als Referenten oder als Zuhörer gekommen — am Herzen liegt.

So lieferten die Tagung und ihre Teilnehmer selbst einen Beweis der Thesen des Philosophen: «Der Mensch ist offen — die Dinge sind verschlossen» (Heidegger); des Pädagogen: «Der Mensch ist ein geselliges Wesen» (ob nach Plato, C. G. Jung oder dem Verhaltensforscher Professor Lorenz); des Psychotherapeuten: «Die Weltoffenheit des Kindes besteht vom Tag \circ an» (Frau Dr. Sänger, Heidelberg); des Arztes: «Das Urvertrauen des Kindes zur Mutter und damit zur Welt kann in den ersten Lebenstagen gestört werden» (Dr. med. Meierhofer, Zürich); des Soziologen: «Der heutige Mensch in den durchweg offenen Formen seiner Bezüge ist auf den Dialog, das Gespräch — das heute besser ‹Gehör› hieße — angelegt» (Prof. v. Oppen, Marburg).

Diese Offenheit im Gespräch, zu dem das Offenlassen von noch nicht ausgereiften Gedanken oder noch nicht nachgewachsenen Inhalten sowie die Gleichgeordnetheit des Partners trotz verschiedener Rangordnung gehört, ebenso wie die Selbstkritik und die Selbstkontrolle gewissermaßen als Regelsystem — wurde in den Gesprächen der Tagung selbst geübt.

Wenn diese Offenheit verloren geht, leidet der Mensch an seiner Einsamkeit. «Heute steht das Ding» (die technische Welt) «vor dem Menschen, ihn blockierend. Es bedingt seine Verdinglichung und Verkümmерung. Der Mensch ist ‹verschlossen› nach außen, auf sich selbst zurückgeworfen und findet nicht mehr den Kontakt zum anderen Menschen. Er ist ‹verschlossen› nach innen gegenüber seiner eigenen Tiefe, in der er den Anruf Gottes erfahren kann». (Professor Lotz, S. J., Pullach bei München und Rom.)

Der Psychotherapeut Dr. Derbolowsky, Hamburg, der über Einsamkeit und Gemeinsamkeit in der Gruppentherapie referierte, wählte das anschauliche alltägliche Beispiel des heutigen Straßenverkehrs in den Großstädten, in denen anstelle eines gut organisierten Nahverkehrs mit der Bahn täglich abertausende von Personenwagen, mit einer Person besetzt, sich zu und von den Stadtzentren im Schrittempo schieben, durch ihre Blechgehäuse von allen anderen Verkehrsteilnehmern getrennt. Ein Sinnbild des

Menschen in der Vereinzelung, als isoliertes Objekt ohne echte Kontaktmöglichkeit, herausgenommen aus lebendigen Bezügen.

Ist dies nun die Definition des Begriffs ‹Einsamkeit›? Nein, in keiner Weise! Diese Beispiele zeigen *Vereinsamung* des modernen Menschen, die gleichzeitig Verlassenheit bedeutet. Sie ist der negative Aspekt der Einsamkeit, ihre Verfallsform, welche die Seele des Menschen zerstört. Sie stellt die existentielle Not unserer Tage dar, sie kann den Einzelnen in der völligen Isolierung ohne Zugang nach außen zum Du und ohne Durchbruch zu den eigenen Tiefen (dem Grunde des Seins) in den modernen Mangelkrankheiten, in der Neurose oder sogar im Suizid enden lassen.

Die Psychologen sind sich darüber einig, daß der Keim zu dieser Vereinsamung zumeist schon im Säuglings- und Kleinkindalter durch Allein-Gelassenwerden entsteht. Man stellt, durch die Verhaltensforschung angeregt, fest, daß das menschliche Kind eigentlich 12 Monate zu früh geboren wird, um lebensfähig zu sein (Portmann), und es neben der körperlichen Pflege und Fürsorge des ständigen seelischen Austauschs, der Be- rührung, der Sprache, der liebenden Zuwendung der Mutter bedarf, um überhaupt ein Ich, ein ‹Person-sein› entwickeln und später in ein echtes Verhältnis zum Du und zum Wir bringen zu können. Ohne diese mit Einfühlung und Anpassung gegebenen Reifungshilfen kann das Kind vom Tag seiner Geburt an für sein Lebensziel, nämlich ein sachlicher, liebender, selbstverantwortlicher Mensch zu werden, ungenügend vorbereitet sein. Das richtige ‹Nehmen› muß im Kleinkindalter geübt sein, um die Entwicklung zum richtig ‹Gebenden› zu ermöglichen.

Eine große Chance, die Not der existentiellen Einsamkeit — oder wie wir nun weiterhin sagen wollen, der Vereinsamung — aufzuheben, kann die Beziehung zum anderen Geschlecht, vor allem in der Ehe bringen. Eine Verbindung kann jedoch nur zum Tragen kommen, wenn eine echte Liebesfähigkeit, die das Lieben mehr betont als das Geliebt-werden, sich zu einer echten Wir-Gemeinsamkeit entwickelt. An den vier

Grundtypen seelischer Fehlentwicklungen, an Beispielen von schizoiden, depressiven, zwangsneurotischen und hysterischen Menschen, entwickelte Frau Dr. Heigl, Göttlingen, in wissenschaftlich exakter Form und mit großer Überzeugungskraft Verhaltensweisen zwischen Ehepartnern, die zur Entfremdung, Vereinsamung und letztlich zur Zerstörung der Gemeinsamkeit führen müssen. Auch Möglichkeiten der Heilung im Wechsel von Gruppen- und Einzeltherapie wurden dargelegt.

In der letzten Reifungsstufe des Menschen tritt beim Übergang in das Alter das ambivalente Problem der Vereinsamung und der echten Einsamkeit noch einmal an ihn heran. Zumeist ist der Mensch nun ‹allein›, auch objektiv von außen. Die Nähe der Dinge schmilzt dahin. Ging die Reife der Lebenshöhe nicht voraus, wurde Tiefe und Nähe des Menschseins nicht wesentlich gelebt, so bleibt oft nur ein verbitterter, vereinsamter alter Mensch zurück, oder aber erfüllte Einsamkeit als ein subjektiv positives Gefühl kann als letzte Reifungschance sich entfalten (Professor Lotz).

Daß richtig gelebte Einsamkeit zu bejahen ist, daß es andererseits in unserer hektischen Zeit an echter Einsamkeit fehlt, daß der Weg nach innen in die Stille, die Einkehr in den Grund, den Logos, nicht gewählt wird, daß Flucht- und Auswege in die Bindungslosigkeit, die Gleichgültigkeit (Dr. Th. Kunke, Psychologe, Amsterdam) oft zwangsläufig als Lebensschicksal gegangen werden, daß durch die Zugesellung an die anonyme Menge bei Massenveranstaltungen der Mensch vereinsamter ist als allein, dafür fand jeder Referent treffende Worte und Zitate aus der Dichtung von Sokrates bis zur jüngsten Gegenwart. Niemand widersprach der Erkenntnis, daß jeder wirklich schöpferische Mensch ein Einsamer ist.

«Die großen Einsamen (Nietzsche, Kierkegaard, Kafka) sind wohl die besseren Soziologen als die ‹einsamen› Wissenschaftler», sagte Privatdozent Dr. Kamper aus Eching bei München, der jüngste Referent der Tagung, in seinem Vortrag «Einsamkeit — soziologisch betrachtet», der neue Ausblicke

in die Entwicklung der Gesellschaftslehre brachte.

Er ist der Meinung, daß es keine Gemeinschaft — auch nicht die Familie — gibt, die der Vereinzelung widerstehen kann und daß die Soziologie — nach Max Weber die Wissenschaft von den zwischenmenschlichen Beziehungen — nicht über die Einsamkeit befinden kann, weil sie keine Reaktion, sondern ein Symptom der Krise der menschlichen Gemeinschaften ist. In der Methode der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft selbst ist also die Einsamkeit versteckt. Die Brücke nun von der Gesellschaft als einem gut funktionierenden Mechanismus zu jener Gesellschaft, die eine wesentliche Gemeinschaft darstellt, kann nur vom einzelnen Menschen geschlagen werden, und zwar von dem Menschen, der seine Einsamkeit (den Abgrund von Mensch zu Mensch) persönlich erlitten, ausgehalten und bestanden hat. Eine dieser Erfahrung adäquate Soziologie müßte endlich dem Person-gewordenen, seine Freiheit nützenden Einzelnen Rechnung tragen, denn er allein als der zugleich Betroffene und Gewandelte ist der Garant für eine Wandlung der Gesellschaft zur Menschlichkeit.

Für den gläubigen Menschen, wie ihn Professor D. Dr. Uhsadel, Tübingen, aufzeigt, ist Gott der Partner seiner Einsamkeit, und nur der wesentlich einsame Mensch findet Gott als Partner. Der existenziell vereinsamte Mensch hat diese Partnerschaft schicksalhaft oder schuldhaft zerstört und ist damit auch nicht fähig zum echten Wir, zur wesentlichen Gemeinschaft unter Menschen. Vereinsamung ist die schlimme Gefährdung, Einsamkeit die große Gnade. Sie bedeutet Eins sein mit sich als lebendigem Gegenpol zum All (Guardini).

Lore Bauer-Hundsdörfer

Die an der hier besprochenen Tagung gehaltenen Referate werden zusammen mit Auszügen aus den anschließenden Gesprächen im Frühjahr 1967 in einem vom Klett Verlag, Stuttgart, herausgegebenen Kongreßbericht erscheinen.

KRISE DER INFORMATION — KRISE DER POLITISCHEN INSTITUTIONEN

Auf den 1. Juni lud die *Schweizerische Public Relations Gesellschaft* (SPRG) zu einer Studientagung nach Bern ein, die das komplexe und dornenvolle Problem der «Vertrauenswerbung in den Informationsbeziehungen zwischen Behörden und Bürger» zur Diskussion stellte. Der Einladung folgten über hundert Vertreter kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Verwaltungen und der Privatwirtschaft, sowie zahlreiche Presseleute.

Der Präsident der SPRG, Dr. *Alex A. Meile*, Direktor der General Motors Suisse S.A., umriß in seinem einleitenden Referat «Public Relations als Unternehmensfunktion und praktische Anwendungsmöglichkeiten in der Wirtschaft und bei den Behörden» den zwar geläufigen, aber oft mißverstandenen Begriff der «Public Relations» als das Verhalten und die Gesamtheit der bewußten, geplanten und dauernden Bemühungen, durch den Kontakt mit allen Öffentlichkeitsgruppen gegenseitiges Verständnis und Vertrauen in der Öffentlichkeit aufzubauen und zu pflegen. Diese Definition einer geplanten und fortwährenden Werbung um Vertrauen modifizierte der Referent im Hinblick auf die staatlichen Behörden dahingehend, daß für sie alle jene Tätigkeiten diesem Begriff zuzuordnen wären, aus denen Gewinn oder Verlust des Behördenprestiges, das Vertrauen der Öffentlichkeit zu den Behörden, hervorgehen. Aus einer so verstandenen Praxis behördlicher Public Relations heraus — sie darf keine Meinungsbildung bezwecken — ließen sich in der Hauptsache folgende Grundsätze formulieren:

- Die Einsicht und das Verständnis des Bürgers zu gewinnen für Gesetze und andere behördlichen Maßnahmen, die sich aus den Bedürfnissen einer sich stets ändernden technologischen Gesellschaft ergeben oder aufdrängen.
- Das apathische Abseitsstehen und mangelnde Verständnis des Bürgers gegenüber den komplexen Aufgaben der Behörden zu überwinden.

- Den Bürger vermehrt über Funktion und Dienste aufzuklären, welche die Behörden in seinem Interesse ausüben.
- Die öffentliche Meinung zu interpretieren, damit Entscheide, die gefällt werden müssen, nicht unrealistisch sind oder der Ansicht einer Vielzahl von Bürgern widersprechen.
- Die öffentliche Meinung zu kristallisieren und dem Bürger die Notwendigkeit behördlicher Entscheidungen sachlich zu erklären, ohne die Gefahr einer eigentlichen Meinungsbildung heraufzubeschwören.

Von diesen Darlegungen programmatischer und methodischer Abgrenzung unterschieden sich in der Folge die Referate der Behördenvertreter auf beinahe unvereinbar erscheinende Art. Obwohl das Tagungsthema den Ausdruck «Public Relations» vermied, stellte sich ein Dilemma ein, das offenbar seinen Ursprung in gegenseitigen Mißverständnissen und mangelnder terminologischer Klarheit zu suchen hat. In den Ausführungen von *Max Nef*, dem Beauftragten des Bundesrates für Presse- und Informationsfragen, die den Bereich abzustecken suchten, innerhalb dessen die Behörden Public Relations-Methoden anwenden können und dürfen, wurden Public Relations beinahe ausschließlich der Werbung und damit der unbefugten Meinungsbildung zugeordnet. Den gleichen oder doch ähnlichen Standpunkt vertraten auch die Vertreter verschiedener Bundesstellen; so Dr. *Armin Riesen*, Departementssekretär und Pressechef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Dr. *Hans Rudolf Kurz*, Pressechef des Eidgenössischen Militärdepartementes, *William Wenger*, Pressechef der Schweizerischen Bundesbahnen, sowie der Leiter des Kantonalen Amtes für Beziehungen zur Öffentlichkeit, *André Ory*, Bern. Sie erläuterten eine Informationspraxis und -politik, die — je nach Arbeitsbereich verschiedenen Rücksichten unterworfen —

strengsten Maßstäben der Objektivität und der absoluten Sachlichkeit verpflichtet ist.

Die Frage der «Gegenseite», was nämlich der Bürger von den Behörden in Gemeinden, Kanton und Bund an Informationen erwarte, wurde von *Oskar Reck*, Chefredaktor der «Thurgauer Zeitung» und Zentralpräsident der Neuen Helvetischen Gesellschaft, mit aller wünschbaren Offenheit und Klarheit in einem brillanten Referat beantwortet:

Er zeigte auf, daß unsere gegenwärtige Informationsmisere nur im Zusammenhang mit den offensichtlichen institutionellen Mängeln gesehen werden kann. Zwar gelange der Bürger unschwer zu täglichen Routineinformationen aller Verwaltungsstufen, aber über erstklassige Informationen im Sinne eines umfassenden Bildes unserer staatlichen Wirklichkeit verfüge er nicht. Im Rahmen einer Totalrevision der Bundesverfassung sähe der Referent eine Chance, das Informationsproblem auf Grund einer breiten Analyse neu zu überdenken.

Edmond Tondeur, PR-Berater, Zürich, versuchte das angedeutete Dilemma in seiner Manöverkritik zu lösen. Er bezeichnete die Auskunftspflicht vor dem Informationsrecht als Formel für die geltende Informationspolitik unserer Behörden. Diese Defensivhaltung sieht er einerseits begründet im Maulkorb, den wir unsren Behörden durch die Festlegung der politischen Instanzenwege verschrieben haben, in einer Auffassung also, die im 19. Jahrhundert der Staatsfeindlichkeit und der Liberalisierung des Bürgers entstand. Anderseits gründet sie in der tief eingewurzelten Zuordnung der Public Relations zum Bereich der Propaganda, der Reklame und damit auch des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes. Verschreibt sich aber eine Behörde einer richtig verstandenen und aktiven Public Relations-Politik, so realisiert sie damit nichts anderes als Politik schlechthin, nämlich eine Verhaltensweise, die das öffentliche Gespräch und die vernünftige Austragung von Zielkonflikten innerhalb der staatlichen Gesellschaft ermög-

lichen will. Dabei geht es um die Darstellung, um die Deutung und um die dialektische Bereinigung der staatlichen Probleme vor dem Forum einer möglichst breiten und möglichst aufmerksamen Öffentlichkeit.

Natürlich erhebt sich hier sofort die Frage, ob die Behörden eine Gesamtkonzeption, ein Leitbild ihrer Erscheinungsweise und ihres Auftrages im Gemeinwesen besitzen, um den unvermerkten Rollenwandel vom staatlichen Ordnungshüter zum gigantischen Dienstleistungsbetrieb darzustellen und in einem Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat zu leben.

In diesen Dimensionen wurde das Dilemma überdeutlich, das dieser Tagung innewohnte: Die Behörden sind noch immer in einem politischen Klima der Repräsentation befangen — und nicht in einem Klima der Information. Sie überlassen noch heute fast das ganze Feld der Informationsbeziehungen zur Öffentlichkeit den Parteien, Verbänden und der politischen Presse. Wir können deshalb nicht einfach nur von der Wünschbarkeit vermehrter Kontakte reden, sondern müssen die Notwendigkeit postulieren, mit der die Behörden — abseits von kasuistischen Definitionen absoluter Objektivität — in Zusammenarbeit mit Parteien, Parlament und Verbänden das Informationsproblem vor dem Hintergrund einer staatspolitischen Krise lösen. Nur aus einer solchen Zusammenarbeit wird sich auch herausschälen, auf welches Leitbild die behördlichen Informationen abzustimmen sind. Die politische Dimension und die Synthese der Informationen sind weit wichtiger als die Quantität; denn sonst nimmt nur die Informationsschwemme zu, nicht aber die Verständigung zwischen Behörden und Bürger.

Die gegensätzlichen Auffassungen, die im Verlaufe dieser Tagung aufeinanderstießen, ließen ahnen, wie weit und unübersichtlich eigentlich das Feld staatlicher Informationspolitik ist, für deren Zustand eigentlich der (schlechtinformierte) Souverän zuständig wäre.

Carl Holenstein